



## Themen in dieser Ausgabe:

- 100 Jahre Ausbruch des 1. Weltkriegs: Gedenken an Sarajewo
- Ex-Präsident Sarkozy verhaftet
- Royalisten im EU-Parlament
- Großbritannien/Deutschland: Einmischung in die Politik

Jahr 9, Ausgabe 9

06.07.14

Bezieher: 670

## 100 Jahre Ausbruch des 1. Weltkriegs: Gedenken an Sarajewo

Europaweit wurde in der vergangenen Woche des Attentats von Sarajewo vom 28. Juni 1914 gedacht, dem der österreichische Thronfolger *Franz Ferdinand von Österreich-Este* und seine Gemahlin zum Opfer fielen. Der Nachfahre des letzten Herrschers des österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaats, *Erzherzog Karl von Österreich*, gab dem in den europäischen Staaten vorherrschenden Nationalismus die [Schuld am Kriegsausbruch](#). Diesem Urteil schlossen sich auch viele europäische Staatschefs an. Die [Conférence Monarchiste Internationale](#) nannte den 1. Weltkrieg einen fatalen Bruderkrieg, der das Ende dreier Monarchien herbeiführte. In Sarajewo spielten die Wiener Philharmoniker im Gedenken an das Attentat. Einzig bei den Serben sieht man die Sache anders: [Dort feiert man Gavrilo Princip](#) als Vorreiter der



Die [Schwarz-Gelbe Allianz](#) (hier SGA-Obmann *Alexander Šimec [M.]* mit dem Vertreter der Bosniaken, Dr. *Davud Bajramovic*) legte am 28. Juni in Sarajewo am Attentatsplatz einen Kranz nieder. [In österreichischen Medien](#) wurde die Anwesenheit von Monarchisten wohlwollend zur Kenntnis genommen.



Erzherzog Franz Ferdinand und seine Familie.

nationalen Einheit der Serben – die Unterstützung für Terroristen und Mörder sollte bei einem möglichen Beitritt Serbiens zur EU sicher zur Sprache kommen, auch wenn dies angesichts unserer Politiker wohl nicht realistisch sein dürfte.

Viele beschäftigten sich auch mit der Frage, wer der Ermordete eigentlich war. Die einhellige Meinung war dabei, daß man einem talentierten zukünftigen Herrscher das Leben genommen habe, der die Donaumonarchie auf viele Arten hätte reformieren können, auch wenn er gerade dafür und für seine morganatische Ehe mit *Sophie Gräfin Chotek* nicht in allen Kreisen beliebt war. Der 1863 geborene *Franz Ferdinand* wurde erst 1896 durch den vorangegangenen Tod der *Erzherzöge Rudolf* und *Karl Ludwig* zum Kronprinzen, was er dann 25 Jahre lang bleiben sollte. In dieser Zeit bildete er eine Art Schattenkabinet, welches nach einem möglichen Tod von *Kaiser Franz Joseph* schnell hätte übernehmen können. Politisch wollte er dabei die Macht der Ungarn zugunsten der slawischen Völker beschneiden und insgesamt mehr Föderalismus durchsetzen. Er galt als äußerst fleißig und arbeitete Regierungsakten schnell und gründlich durch, so daß er stets bestens informiert war. Seine unangekündigten Inspektionsreisen waren jedoch der Schrecken der österreichischen Beamten. Außenpolitisch sympathisierte *Franz Ferdinand* mit der alten Heiligen

Allianz, da er nicht sehen wollte, wie die Monarchen sich gegenseitig vom Thron stoßen, was ja dann genauso gekommen ist. Zum deutschen *Kaiser Wilhelm II.* pflegte er ein sehr gutes Verhältnis, einem Krieg mit Rußland wollte er aus dem Weg gehen. Gerade durch die geplante Besserstellung der Slawen im Reich rief *Franz Ferdinand* jedoch den Argwohn der Serben und damit auch Rußlands hervor, die ihre eigenen Ambitionen gefährdet sahen. Das kostete letztlich ihn und nach ihm weitere 17 Millionen Menschen das Leben und nicht nur den Zaren den Thron. L.R.

## Ex-Präsident Sarkozy verhaftet

Natürlich gilt auch in diesem Fall die Unschuldsvermutung und niemand ist ein Krimineller, bevor er nicht rechtskräftig verurteilt ist. Aber was sich in der letzten Woche in Frankreich abspielte, hat schon etwas Besonderes. Da ordnete eine Staatsanwältin die Verhaftung des 2012 abgewählten Staatspräsidenten *Nicolas Sarkozy* an und ließ ihn erst nach sechzehnstündigem Verhör wieder frei. In zu vielen [anrühigen Affären](#) war der Name des Ex aufgetaucht, als daß er darauf rechnen konnte, die Justiz der Republik werde - wie schon so oft in der Vergangenheit - alles unter den Tisch kehren und Gras über die Sache wachsen lassen. Erst einmal ist es nichts mit Memoirenschreiben oder der Organisation eines Wiederwahlkampfes für 2017.

In einer für die Abendnachrichten des Fernsehsenders TF1 inszenierten Befragung durch zwei freundliche Journalisten ging *Sarkozy* in die Offensive und griff die „linke“ Staatsanwältin an, die es auf ihn persönlich abgesehen habe, ein Schema, das auch schon *Silvio Berlusconi* in Italien anwandte. Er warf der Regierung vor, die Justiz auf ihn anzusetzen, um eine Kandidatur gegen den in Meinungsumfragen bei 16% Zustimmung angelangten Präsidenten *François Hollande* zu verhindern.

Diese Strategie stellt nicht nur das Rechtssystem in Frage, sondern zieht die republikanischen Institutionen in Zweifel. Der Niedergang der Republik wird beschleunigt. Jenseits der Pyrenäen hat der Fall *Noos* die Schwester des Königs und seinen Schwager in ein schiefes Licht ge-

rückt. Untersuchungsrichter *José Castro* möchte Anklage wegen Korruption erheben, die zuständige Staatsanwaltschaft wirft ihm „inquisitorisches“ Verhalten vor und ist alles andere als auf einen Prozeß gegen die *Infantin Cristina* erpicht. Verkehrte Welt: Während in Frankreich sich der Beschuldigte als verfolgte Unschuld gebiert und gegen die Justiz polemisiert, kooperiert in Spanien die Königstochter mit den Behörden und klagt nicht über den Verfolgungswahn rachsüchtiger Richter. Doch gerade ihre Zusammenarbeit legen ihr Gegner der Monarchie zum Nachteil aus. Wäre es ihnen lieber, wenn in Spanien das französische Republikmodell herrschte und Politiker wie *Sarkozy* oder *Hollande* statt *König Felipe VI.* an der Staatsspitze stünden? H.S.

## Royalisten im EU-Parlament



Die Partido da Terra tritt unter anderem für die Monarchie in Portugal ein.

Für Nordirland war der Besuch von *Königin Elizabeth II.* und *Prinz Philip* ein durchschlagender PR-Erfolg. Niemand sprach mehr vom „Nordirlandkonflikt“, sondern von der Produktionsstätte der Fernsehserie *Game of Thrones* (Photo), vom Handschlag mit dem ehemaligen IRA-Gewaltigen *Martin McGuinness*, der als stellvertretender Ministerpräsident Nordirlands einen Treueid auf die Monarchin ablegte. Als letzte Versöhnungsgeste besuchte die Königin das Gefängnis, in denen der heutige protestantische Ministerpräsident und sein katholischer Stellvertreter einsaßen. Versöhnung ist möglich, das bezeugte der dreitägige Königinnenbesuch im Juni.

### Friedrich Christoph Schlosser:

Wehe dem Volke, dem die Wahrheit nicht mehr heilig ist.

### Tage:

- 11. Juli 1959: Das Großherzogtum Luxemburg verzichtet endgültig auf das Gebiet des Kammerwaldes und übergibt das Territorium an Deutschland.
- 14. Juli 1789: Ein Mythos wird geboren mit der „[Erstürmung der Bastille](#)“.
- 24. Juli 1944: \*Prinz Nikola Petrovic von Montenegro, de jure König Nikola II..

### Impressum:

**Herausgeber:** Bund aufrechter Monarchisten, Pasterstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com)

**Autorenverantwortung:** Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

**Erscheinungsweise:** Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

**Bezugsweise:** Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen *aller* Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

**Copyright:** Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: [corona\\_redaktion@yahoo.com](mailto:corona_redaktion@yahoo.com); Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 5. Juli 2014

Die Europawahlen brachten auch den Erfolg verschiedener royalistischer Gruppierungen. Die *Partido da Terra*, die in Portugal mehr als 7 % der Stimmen erhielt, wird künftig zwei Abgeordnete stellen. Die Partei, die auch die Rückkehr zur Monarchie in ihrem Programm hat, ist dabei so etwas, was die Grünen in Deutschland bei ihrer Gründung waren: eine konservative Ökopartei.

Zu den Royalisten gehört auch die Gruppierung „Kongress der Neuen Rechten“ des deutsch- und ungarischstämmigen polnischen Provokateurs *Janusz Korwin-Mikke*, die künftig vier Abgeordnete stellt. Das Problem bei *Korwin-Mikke*: Man kann bei ihm nie so genau sagen, wie ernst es ihm mit allem ist - Forderungen nach der Abschaffung des Wahlrechts für Frauen und die Aussage, daß man im von Hitlerdeutschland besetzten Polen schneller ein Geschäft eröffnen konnte, als im EU-Polen, untermauern nicht die Ernsthaftigkeit der Partei, die jedoch gerade bei jungen Leuten Zuspruch findet.

Nicht geschafft haben den Einzug ins Europaparlament royalistische Parteien aus Frankreich, Bulgarien, Rumänien, Österreich und Tschechien, wobei man jedoch sagen muß, daß zumindest in Rumänien auch größere

Volksparteien mit der Monarchie sympathisieren.

Zu all diesen Parteien, die in Republiken die Monarchie in ihrem Programm haben, kommen natürlich noch die verschiedenen staatstragenden Parteien der europäischen Monarchien, auch wenn das Europaparlament, welches ohnehin nicht die Befugnisse eines echten Parlaments hat, nicht unbedingt die Bühne ist, auf der diese Gruppierungen über Staatssysteme auf nationaler Ebene diskutieren.

Jedenfalls hat die Wahl einen Achtungserfolg von Parteien gebracht, die ihre Länder nicht noch mehr Kompetenzen nach Brüssel abgeben sehen wollen. Auch wenn ihre Stimme durch die allmächtige EU-Kommission ignoriert werden wird, wird man doch zumindest in den Medien von ihnen hören, und das ist wohl auch ganz gut: Der satirische [Postillon](#) schrieb, daß die Stelle des spanischen Königs nach EU-Richtlinien eigentlich europaweit ausgeschrieben werden sollte. Da die Monarchie sowie andere kulturelle und symbolische Bedeutungsträger auch immer die spezifische Geschichte und Tradition eines bestimmten Landes repräsentieren, ist mehr Europa diesbezüglich eher nicht wünschenswert... L.R.

**Ergänzung:** Unter den ursprünglich 24 gewählten Abgeordneten des Front National sind auch zwei bekannte Royalisten: [Aymeric Chauprade](#) und [Eduard Ferrand](#) sind beide Mitglieder der *Action française*.

## Einmischung in die Politik

Armer *Prinz Charles*. Für die Medien ist er ein üppig sprudelnder Quell der Berichterstattung. Nun haben sie sich wieder auf ihn eingeschossen, weil er versucht habe, die Regierungspolitik in Großbritannien zu beeinflussen. In einer Zeit, da sich Lobbyisten wie Amöben vermehren und sie in Brüssel, Berlin oder London an der Gesetzgebung mitschreiben, [treibt es Journalisten und offensichtlich auch mitteilungsbedürftige Politiker um](#), daß der Thronfolger in handgeschriebenen (!) Briefen seine Besorgnis über genmanipulierte Lebensmittel, alternative Heilmethoden oder [architektonische Monster](#) in den Städten den zuständigen Ressortleitern mitteilte. Entweder haben sie eine riesengroße Angst vor der Macht des Prinzen oder vor der allgemeinen Popularität seiner Überzeugungen, die ja durchaus Wiederhall finden in der Bevölkerung. Jedenfalls gaben einige Politiker in einer jüngst ausgestrahlten Dokumentation der BBC an, sie hätten ihre Politik daraufhin geändert.

Die Monarchen und solche, die es werden wollen, haben es aber auch zu schwer. Bleiben sie stumm und beschränken sie sich aufs Repräsentieren, werfen ihnen Republikaner vor, sie seien nur unnötige Staffage, auf die sich leicht verzichten lasse. Bringen sie sich ein ins Geschehen, ist das auch nicht recht, denn dann wird ihnen Einmischung in die Politik vorgeworfen. Dabei hat weder *Prinz Charles* noch ein anderer Angehöriger eines regierenden Königshauses Parteilichkeit an den Tag gelegt.

Von der Bevorzugung einer politischen Gruppierung ist nirgends die Rede. Geht es um Populismus, schlägt der deutsche Bundespräsident *Prinz Charles* um Längen. Das Hinauszögern der Unterschrift unter das Gesetz der in der Bevölkerung sehr negativ bewerteten Erhöhung der Bundestagsdiäten wird ihm Pluspunkte in Meinungsumfragen bringen, jedoch am Gesetz nichts ändern, die Bundestagsabgeordneten können die Erhöhung rückwirkend genießen. Alles nur Schau?

Wie sehr sich *Joachim Gauck* in die Politik einmischt, konnte man jüngst wieder erleben, als er für mehr Bundeswehreinheiten im Ausland plaidierte. Ein Staatsoberhaupt, das der Politik als Militärberater zur Seite steht. So weit hat es *Prinz Charles* nicht gebracht. *Gaucks* Intervention stieß auf Gegenrede und der Brandenburger Landtagsabgeordnete *Norbert Müller* bezeichnete *Gauck* als „widerlichen Kriegshetzer“, was ihm fast ein Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen §90 StGB einbrachte, denn auf die „Verunglimpfung des Bundespräsidenten“ steht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Majestätsbeleidigung ist keine monarchische Sonderbehandlung Republikanische Präsidenten sind viel sakrosankter. Im letzten Monat verurteilte ein französisches Gericht einen Mann, der Präsident *Hollande* mit Buhrufen begrüßte, zu einem Jahr Gefängnis - ohne Bewährung. *Prinz Charles* verbal anzugreifen kostet nichts. H.S.